



## Prüfsteine des SJR Mannheim e.V. zu neuen Mitbestimmungsmodelle für Jugendliche

*"Vielleicht könnte man dadurch mit den Politikern besser über Probleme unseres Jahrgangs reden und sie unternehmen mehr, um diese Probleme aus der Welt zu schaffen."*

*"Ihre (die Jugendlichen) Meinungen sind der Zeit angemessen. Sie erleben alles hautnah mit, auch wenn Andere es nicht glauben wollen = Erwachsene."*

(Zitate aus einer Fragebogenaktion des SJR zur Partizipation)

Land auf, Land ab wird die "Politikverdrossenheit" der Jugend beklagt. Untersuchungen zeigen jedoch, daß Jugendliche sich genauso verhalten wie ihre erwachsenen Vorbilder. Sie sind weder besser noch schlechter im Hinblick auf ihr politisches Interesse.

Trotzdem werden in den letzten Jahren auf politischer Ebene neue Beteiligungsmodelle für Jugendliche entwickelt und ausprobiert. Meist wird dieser Prozeß von Erwachsenen vorangetrieben, seltener von Jugendlichen selbst.

Dabei werden den Beteiligungsformen folgende *Funktionen* zugeschrieben:

- *Artikulationsfunktion*

Jugendlichen soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Interessen, Sorgen und Meinungen öffentlichkeitswirksam darstellen zu können. Idealerweise soll damit eine bessere Politik für Kinder und Jugendliche zustande kommen.

- *Bildungsfunktion*

Von der Partizipationsform soll politische Bildung für Jugendliche ausgehen.

- *Motivationsfunktion*

Die Einstellung junger Menschen zur Kommune sollen verbessert werden, um sie dauerhaft für eine Mitarbeit in ihr zu mobilisieren.

( nach Dr. Michael C. Herrmann)

Nun gibt es aber keinen gesellschaftlichen Konsens über die Intensität und Form des "Einmischens" von Kindern und Jugendlichen in demokratische Entscheidungsprozesse. Je nach aktueller Interessenlage im politischen Tagesgeschäft, je nach politischer Brisanz der zu verhandelnden Themen wird jegliches "Einmischen" von Kindern und Jugendlichen konfrontiert mit einem mehr oder weniger starren "politischen Willen" der etablierten politischen Kräfte. Was gesellschaftlich für gut bzw. schlecht gehalten wird, definieren Erwachsene. Deshalb reagieren Jugendliche auf die "von oben" angebotenen Beteiligungsformen - berechtigterweise - skeptisch.

Gesellschaftliche Teilhabe läßt sich nicht auf die Senkung des Wahlalters oder Jugendgemeinderäte reduzieren. Zwei wichtige Aspekte, nämlich die soziale und ökonomische Teilhabe an unserer Gesellschaft, werden ihnen durch den extremen Ausbildungsplatzmangel und die hohe Arbeitslosigkeit heute häufig verwehrt. Jungen Menschen, die wenig Aussicht auf Ausbildung und Arbeitsplatz haben, kann man kaum übelnehmen, wenn sie der Politik, die diese Situation mit zu verantworten hat, reserviert gegenüberstehen. Leider hat die Jugend-

politik in diesem Bereich kaum Macht und Einfluß und muß sich oft auf Appelle an die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft beschränken.

Im Bereich der Partizipationsmodelle sehen die Einflußmöglichkeiten anders aus, und der SJR möchte mit diesem Positionspapier in Mannheim eine Diskussion zu diesem Thema anregen.

Wir Jugendverbände tun dies mit einem breiten Erfahrungshintergrund. Über "Partizipation" im Sinne von Einflußnahme auf politische Willensbildung hin zu einer kinder- und jugendfreundlichen Gesellschaftspolitik diskutieren Jugendverbände seit ihrer Gründung. Politische und soziale Teilhabe am Prozeß gesellschaftlicher Entwicklung ist eine wesentliche Säule der Jugendverbandsarbeit.

Generell können wir *keinen Mangel* an Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche feststellen. (Wir verweisen an dieser Stelle auf die Zusammenstellung weiter unten.) Problematisch ist allerdings zum einen ihre tatsächliche Nutzung durch junge Menschen und zum anderen ihre Ausstattung mit wirksamen Einflußnahmemöglichkeiten. Insbesondere die SMVen müßten dringend mit mehr Kompetenzen und Macht ausgestattet werden!

Hinzu kommt, daß mögliches Engagement in Parteien, Verbänden, Schulen, Betrieben etc. zu Kompromissen zwingt, die sich mit jugendlichem Rigorismus nur schwer in Deckung bringen lassen und somit von offizieller, institutionalisierter Seite kaum verstanden und aufgegriffen wird.

Neue bzw. zusätzliche Modelle der Partizipation müssen sich aus unserer Sicht an folgenden Prüfsteinen und an ihrer Wirkung auf bestehende gesellschaftliche Verhältnisse messen lassen:

## Prüfsteine

1) Die Partizipationsform muß **möglichst viele interessierte Jugendliche** aus unterschiedlichen Schichten, verschiedenen Nationalitäten, mit unterschiedlich hohem Artikulationsvermögen erreichen. Besonders ist auf geschlechtsspezifische Ansätze zu achten, damit Mädchen nicht benachteiligt werden.

Außerdem muß gewährleistet sein, daß Jugendliche ohne deutschen Paß ihre Interessen vertreten können.

2) Das Angebot muß so beschaffen sein, daß es dem jugendlichen Interesse an **unkonventionellem Engagement** entgegenkommt. Eine Struktur, die weitgehend die politische Kultur Erwachsener kopiert, wird bei Jugendlichen nur geringes Interesse finden.

Wichtig ist auch, daß die **Art der Auseinandersetzung** den Beteiligten entspricht. Viele Themen lassen sich nicht hinreichend im Rahmen eines politischen Diskurses bearbeiten, sondern verlangen auch nach Methoden der Jugend- und Sozialarbeit.

3) Die Partizipationsform soll an dem **unmittelbaren eigenen Lebensumfeld** der Jugendlichen ansetzen.

4) Die Organisation sollte, aber nur soweit unbedingt notwendig, **institutionalisiert** werden. Damit ein Modell dauerhaft überlebt und auch Einfluß hat, muß zwar eine Institutionalisierung durch Satzung, Mitwirkungsrechte in der Kommunalverwaltung etc. sichergestellt werden. Die Institutionalisierung darf aber nicht so weit gehen, daß es sich wiederum um eine traditionell anmutende, konventionelle Partizipationsform handelt.

- 5) Der **Einfluß Erwachsener** muß entsprechend auf die absolut notwendige Förderung begrenzt sein.
- 6) **Politik** muß so vermittelt werden, wie sie tatsächlich ist. Im Hinblick auf ihre langfristige Wirkung auf Jugendliche ist es nicht sinnvoll, Politik in einer Art geschütztem Raum zu präsentieren, oder sie auf schlichtes Verwaltungshandeln zu reduzieren. (Es muß beispielsweise auch deutlich werden dürfen, daß viele politische Entscheidungen eine Frage von Macht und Durchsetzungsfähigkeit sind und keineswegs lediglich der besten Lösung von Sachfragen dienen.)
- 7) Der **Zeithorizont** Jugendlicher ist kürzer angelegt als der von Erwachsenen. Erfolge des Handelns müssen deshalb kurzfristig erlebbar sein, d.h. bevor die Aktiven wieder aus dem Beteiligungsmodell ausgeschieden sind.
- 8) Den Jugendlichen sollen **formale Rechte** zugestanden werden, und es muß geklärt werden, wie sie in die regulären Beteiligungsprozesse unserer Kommune integriert werden können, damit ihre Entscheidungen und Aktivitäten nicht im luftleeren Raum enden.
- 9) Die zu wählende Partizipationsform sollte mit allen **Interessenvertretungen** Jugendlicher (Jugendverbände, Jugendring, SMVen, Jugendamt,..) **kooperieren**, um nicht Konkurrenzsituationen Vorschub zu leisten.

#### Abschließende Bemerkungen:

Grundsätzlich muß allen in dieser Stadt klar sein, daß Ergebnisse von Jugendpartizipation Konsequenzen für die Politik haben werden! Wer in den neuen Partizipationsformen lediglich eine Möglichkeit der Instrumentalisierung oder der Rekrutierung von Jugendlichen sieht, sollte auf sie verzichten.

Nur wenn der wirkliche Wille besteht, Jugendliche - über die bestehenden Beteiligungsformen hinaus - mitbestimmen zu lassen, sollte in Mannheim über das "Wie" diskutiert werden.

Der Stadtjugendring steht nach wie vor zum Delegationsprinzip politischer Arbeit, wie es u.a. auch in den Jugendverbänden praktiziert wird. Bezogen auf konkrete Situationen vor Ort, sind darüberhinaus sicher neue Partizipationsformen hilfreich und geboten.

**Abschließend wollen wir eindringlich darauf hinweisen, daß grundsätzlich die Erwachsenen die Pflicht haben, eine für Kinder und Jugendliche förderliche Politik zu betreiben und sich für deren Interessen stark zu machen. Die Einrichtung einer wie auch immer gearteten Beteiligungsform entlastet sie in keiner Weise von dieser Verantwortung!**

(Beschlossen auf der SJR-Mitgliederversammlung am 23.4.1997)

Inspirationsquellen:

- Positionspapier Bundesjugendring "Jung und (un)beteiligt"
- Positionspapier Landesjugendring BaWü
- Impulsreferat "Auf der Suche nach der idealen Partizipationsform" von Dr. Michael C. Herrmann gehalten auf der Tagung der Großstadtjugendringe 15.3. - 17.3.96

## **Anhang:**

### **Beispiele bestehender Partizipationsmodelle**

#### **A. Jugendverbände und Jugendringe**

Die klassische Form der Jugendarbeit ist das älteste nach wie vor funktionierende Partizipationsmodell im Kinder- und Jugendbereich.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz räumt den Jugendverbänden und ihren Zusammenschlüssen, den Jugendringen, eine besondere Stellung und Verantwortung innerhalb der Jugendarbeit ein. In § 12, Abs. 2 KJHG heißt es: „In Jugendverbänden und Jugendgruppen wird Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet. Durch Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten.“

Selbstbestimmung und Selbstverwaltung sind entscheidende Kriterien der Verbände und Ringe seit jeher. Mitbestimmung bei Programmplanung, Gruppenstunden und Freizeitgestaltungen sowie eigenverantwortlicher Umgang mit Geld sind selbstverständlich. Dort, wo der KJHG formulierte Auftrag der Interessenvertretung umgesetzt wird, können Kinder und Jugendliche ihre Interessen selbst vertreten, indem sie an bestehenden Entscheidungsstrukturen partizipieren und indem sie neue kreative Ansätze der Partizipation (Diskussionsforen, Jugendversammlungen u.v.a.m.) entwickeln.

Allzu oft werden vorhandene Strukturen allerdings nur unzureichend genutzt - oder gefördert. Besonders auf ihre Unabhängigkeit bedachte und daher manchmal auch unbequeme Verbände und Ringe sind immer wieder Disziplinierungsbestrebungen ausgesetzt.

Jugendverbände und Jugendringe weisen intern demokratische Strukturen auf. Ihre demokratische Tradition zeigt sich aber auch in der pluralistischen Vielfalt der Verbände, die die Beteiligung einer höchstmöglichen Anzahl von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft ermöglicht. Auf diese Weise lernen bereits Kinder demokratische Strukturen und Verhaltensweisen kennen.

#### **B. Jugendfreizeitstätten**

Gerade die selbstverwalteten Jugendzentren fordern in hohem Maße, Partizipation ein. In der Regel existieren in allen Einrichtungen mehr oder weniger autonome Selbstbestimmungs- und Verwaltungsgremien von Jugendlichen.

Die strikt an den Bedürfnissen ihrer Besucherinnen und Besucher orientierten Arbeitsformen räumen Partizipationsbestrebungen einen breiten Raum ein.

## **C. Jugendparlamente/ Jugendgemeinderäte**

Jugendparlamente und Jugendgemeinderäte sind der Versuch, Jugendliche stärker an Entscheidungen in kommunalen Fragen zu beteiligen. Sie sind analog zu Gemeinderäten organisiert und orientieren sich damit an Beteiligungsformen Erwachsener.

Auch in diesen neueren Organisationsformen wird von Jugendlichen engagiert um Partizipation gerungen. In der politischen Praxis unterscheiden sich die Jugendgemeinderäte erheblich hinsichtlich ihrer Zusammensetzung, ihrer finanziellen Ausstattung sowie ihrer Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten. Entsprechend unterschiedlich sind ihre tatsächlichen Handlungsspielräume.

Inwieweit die manchmal allzu überstürzt eingerichteten Gremien den o.g. Prüfsteinen entsprechen, muß in Frage gestellt werden. Mißtrauen ist jedenfalls immer dann angebracht, wenn es sich dabei nicht um ein von Jugendlichen selbst eingefordertes Gremium handelt, sondern von politischen Parteien oder der Verwaltung verordnet wurde.

## **D. Jugendforen**

Ein Jugendforum, das ortsnah stattfindet, hat die Möglichkeit, Kinder und Jugendliche eines Stadtteils oder eines Ortes direkt an einem Meinungsbildungsprozess und konkret erlebbaren Veränderungen zu beteiligen. Das Jugendforum stellt eine Institution da, die politisch-inhaltliche wie auch kulturelle und lebensweltliche Bezüge junger Menschen miteinander verbindet und zwar unabhängig von der Mitgliedschaft in einem Verband oder Verein. Somit trägt ein Jugendforum zu einer breiten Meinungsbildung bei.

Das Jugendforum gibt Interessen, Bedürfnisse, Meinungen und Vorschläge der Jugendlichen in ihrer ganzen Vielfalt wieder - trifft aber im Regelfall keine Entscheidungen. Die Ergebnisse eines Jugendforums müssen durch verbindliche Strukturen (Jugendringe, Jugendämter, Gemeinderäte usw.) in ihrer Umsetzung abgesichert werden.

Jugendforen sind eine wichtige und notwendige Ergänzung zur kontinuierlichen politischen Arbeit und Interessenvertretung durch Ringe und Verbände.

## **E. Schülermitverantwortung (SMV)**

Die Schülermitverantwortung ist das Instrument, das den SchülerInnen Beteiligungsmöglichkeiten an ihrer jeweiligen Schule eröffnet.

Organe der SMV sind Klassen- bzw. Kurs- oder JahrgangsstufensprecherInnen, Schülerrat und SchülersprecherIn. Die SMV soll Gemeinschaftsaufgaben der SchülerInnen übernehmen, die insbesondere der Förderung der fachlichen, sportlichen, kulturellen, sozialen und politischen Interessen der SchülerInnen dienen, sowie die sich aus dem Schulleben ergebenden Interessen der SchülerInnen vertreten.

Die Partizipation von SchülerInnen stößt jedoch auf Schranken: Die Schulgesetze verbieten der SMV Äußerungen zu allgemeinpolitischen Themen. Außerdem verfügt die SMV innerhalb der Schule nur über Beteiligungs-, nicht aber über Entscheidungsrechte. Wirksame Mitbestimmung und -gestaltung ist damit stark eingeschränkt.

Schülerzeitungen bieten den SchülerInnen innerhalb der Schule unabhängig von der SMV eine Plattform, um ihre Meinungen und Interessen zu artikulieren. Diese Möglichkeit stößt jedoch da auf Grenzen, wo die Äußerungen der SchülerInnen von LehrerInnen- und Verwaltungsseite kontrolliert werden.

## **F. Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)**

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung stellt die gewählte Interessenvertretung der Jugendlichen in Betrieben dar. Sie kümmert sich um die Wünsche und Probleme der Auszubildenden und jugendlichen ArbeitnehmerInnen. Sie achtet darauf, daß die Gesetze und Tarifverträge eingehalten werden. Ihre Wirksamkeit hängt auch von ihrem Rückhalt bei den Auszubildenden und Jugendlichen ab.

Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Jugendlichen und Auszubildenden sind über die JAV gesetzlich abgesichert. Allerdings sind die gesetzlichen Regelungen insofern eingeschränkt, als sie erst ab einer bestimmten Beschäftigtenzahl im Betrieb Anwendung finden.

## **G. Jugendinitiativen**

Jugendinitiativen greifen Interessen und Probleme junger Menschen auf, sind von diesen selbst organisiert (i.d.R. ohne Erwachsenenverband) und lösen sich nach bestimmter Zeit wieder auf, wenn sie ihr Ziel erreicht haben oder es sich als unerreichbar erwiesen hat; ggf. münden sie auch in feste Organisationsformen bzw. Institutionen. Jugendinitiativen sind also besonders flexible und jugendgemäße Formen der Partizipation

Sie sind in §11, Abs, 2 des KJHG ausdrücklich genannt. In der Jugendhilfeplanung sind u.a. die Wünsche junger Menschen (nicht nur von Organisationen) zu berücksichtigen. Vielerorts sind Jugendinitiativen in die Arbeit der Jugendringe miteingebunden und beteiligen sich an der jugendpolitischen Meinungsbildung.

## **H. Weitere Formen der Partizipation von Kindern**

Über die bestehenden Partizipationsformen von Kindern in Verbänden und Kindergruppen hinaus haben sich in den letzten Jahren verstärkt neue Formen herausgebildet, die Kinder dabei unterstützen, sich ihr politisches und soziales Umfeld anzueignen und mitzubestimmen, z.B. Zukunftswerkstätten mit Kindern oder Partizipation bei der Spielraumplanung. Spielmobile, Kinderspielstädte, Kinderbüros und weitere Formen, wie sie im Kinderbericht der Landesregierung beschrieben werden, versuchen die Interessen von Kindern in Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit zu transportieren.

(A - H zitiert aus Positionspapier des LJR BaWü)